

Pressedienst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Osnabrück
Bierstr. 28
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 / 323-3130



PRESSEMITTEILUNG vom 27.04.2020

Vorsichtige Schulöffnung

GRÜNE mahnen Bildungsgerechtigkeit an

Ab heute beginnt die schrittweise Öffnung der Schulen. Die GRÜNE Ratsfraktion sieht darin eine große Herausforderung für die Schulleitungen, die Lehrenden und die städtische Verwaltung. Gleichzeitig sehen die GRÜNEN aber auch mit großer Sorge die Probleme, die das für viele Schüler*innen vorgesehene Homeschooling insbesondere für Kinder verursacht, deren Eltern die Beschulung zu Hause nicht in der nötigen Weise begleiten können. "Diese Kinder und ihre Eltern müssen eng begleitet werden. Zudem muss die Landesregierung für eine gute digitale Ausstattung sorgen. Dies darf nicht zu Lasten sowieso finanziell schlechter gestellter Familien geschehen. Hier muss die Landesregierung gezielt Mittel zur Verfügung stellen" so die GRÜNE Schulpolitikerin Bürgermeisterin Birgit Strangmann.

Zwar setze unsere Fachverwaltung derzeit alles daran, alle Kinder, die kein Endgerät zu Hause haben, mit mobilen Endgeräten auszustatten. Dies sei lt. Landesregierung in Härtefällen möglich, die vor Ort definiert werden müssten. "Wir kritisieren aber, dass diese finanziellen Aufwendungen aus dem DigitalPakt Schule kommen und an anderer Stelle fehlen werden, denn das Budget für den DigitalPakt wird nicht aufgestockt" sagt der GRÜNE Schulpolitiker Thomas Klein.

Zudem werde zu Recht viel diskutiert über die Belastung von Eltern, die im Homeoffice sind. "Aber was ist mit den Kindern, die an Förderschulen sind, Inklusionskindern, die mehr persönliche Betreuung brauchen, Kindern mit Migrationshintergrund und schlechten Deutschkenntnissen oder Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen" zeigen sich die beiden GRÜNEN Ratsmitglieder besorgt. Für diese Kinder müssten besondere Lösungen gefunden werden.

Nach Ansicht von Klein und Strangmann werde infolge von Covid 19 auch mehr Personal für die Schulen benötigt. Der auf nicht absehbare Zeit stattfindende besondere Betreuungsaufwand

an den Schulen müsse adäquat abgedeckt werden. “Die Landesregierung muss prüfen, wieviel Lehrer*innen und Sozialarbeit wir zusätzlich benötigen, um annähernd Bildungsgerechtigkeit herzustellen, zumal das pädagogische Personal zur Zeit auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes nicht vollzählig sein dürfte” so die beiden GRÜNEN Schulpolitiker*innen abschließend.